



Antrag

der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordneten des SSW

Keine Reststrommengen auf Atomkraftwerk in Brokdorf übertragen

Der Landtag wolle beschließen:

der Landtag bittet die Landesregierung sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass keine weiteren Strommengen aus anderen Atomkraftwerken in Deutschland auf das letzte in Betrieb befindliche Atomkraftwerk in Schleswig-Holstein übertragen werden.

Begründung:

Technische Fehler im Kernbereich des Atomkraftwerkes Brokdorf führen zu einer ungeplant längeren Unterbrechung des Leistungsbetriebes. Grundsätzlich ist vor einer abschließenden Beurteilung der Gesamtsituation und vor einer Wiederaufnahme des Leistungsbetriebes auch von der Möglichkeit auszugehen, dass ein technisch bedingter Stillstand von langer Dauer ist. Die Atomkraftwerke Brunsbüttel und Krümmel blieben bis zum Erlöschen der Betriebsgenehmigung im sogenannten Stillstandsbetrieb. Daher bleibt die abschließende Klärung der aktuellen technischen Schwierigkeiten in Brokdorf abzuwarten.

Norddeutschland gilt mit Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und dem nördlichen Niedersachsen als Netzengpassgebiet. Vor diesem Hintergrund verbietet sich die Erhöhung der Strommenge für Atomkraftwerke in dieser Region.

Thomas Hölck
und Fraktion

Detlef Matthiessen
und Fraktion

Flemming Meyer
und die Abgeordneten
des SSW